

Bundesamt für Gesundheit BAG
Direktionsbereich Gesundheitspolitik
Sekretariat
3003 Bern

Bern, 2014

Vernehmlassung: Gesundheitsberufegesetz, GesBG (provisorischer Titel)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit dem Schreiben vom 13. Dezember 2013 wurden wir eingeladen, zur oben genannten Vorlage, Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir bestens und lassen Ihnen hiermit gerne unsere Antwort zukommen.

Allgemeine Bemerkungen

Die CVP begrüsst grundsätzlich den vorliegenden Entwurf zu einem Gesundheitsberufegesetz (GesBG). Die Priorität, welche auf den Patientenschutz und die allgemeine Versorgungspflicht gelegt wird, unterstützen wir. Ebenfalls steht die CVP zur Akkreditierung der Bachelorstudiengänge, zur Definition der Abschlusskompetenzen, zur Konkretisierung der Berufspflichten und zur Regelung der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse.

Zu den einzelnen Punkten

Die CVP fordert einen Berufsbezeichnungsschutz für die Gesundheitsberufe. Im Gesetz werden die Berufsbezeichnungen bereits erwähnt und die Kompetenzen der Absolventinnen und Absolventen benannt. Die Sicherheit der Patienten und die hohe Qualität der Leistung kann jedoch nur gewährt werden, wenn die Berufsbezeichnungen gesetzlich geschützt werden. Täuschung und Betrug in den Gesundheitsberufen kann dank einem Titelschutz ebenfalls unterbunden werden.

Die Ausbildung - im Bereich der Pflege - an einer Höheren Fachschule muss dem Bachelor an einer Fachhochschule gleichgestellt werden. Es müssen auch für den Pflegeabschluss auf der Stufe Höhere Berufsbildung klare Regeln zur Berufsausübung erstellt werden. Damit wäre die Gleichwertigkeit, welche auf Seite 11 des Berichtes hervorgehoben wird, gewährleistet.

Die Formulierung von Art. 3 lit. c. muss konkretisiert werden. Die Kompetenz, dass eine Person fähig sein sollte, die Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und die Wirtschaftlichkeit ihrer Leistungen zu beurteilen und sich danach zu verhalten kann nicht objektiv beurteilt werden.

Ein nationales Berufsregister analog zum Medizinalberuferegisters (MedReg) ist für die CVP von zentraler Bedeutung. Ziel dieses ist es, mehr Rechtssicherheit zu schaffen, dank einer Überprüfung und Registrierung aller Diplome. Mehr Rechtssicherheit heisst vor allem mehr Sicherheit für Patienten und Arbeitgeber. Der Patient wird geschützt vor vermeintlichen Fachpersonen bzw. vor Betrügern. Den Arbeitgebern wird die Arbeit bei der Rekrutierung von Personal erleichtert. Den Berufsorganisationen nützt ein vollständiges Register insbesondere zur Validierung der Weiterbildung. Das Register könnte ins MedReg integriert oder teilintegriert werden oder müsste zumindest die selben Strukturen aufweisen.

Der Artikel 15b GesBG bezüglich lebenslangem Lernen, sollte so konkretisiert werden, dass die anerkannte Weiterbildung für Berufstätige verpflichtend ist.

Der Geltungsbereich des GesBG sollte auf die Berufsausübung in öffentlich-rechtlichen Institutionen ausgeweitet werden. Die Leistungen unterscheiden sich nicht von den privatwirtschaftlichen Institutionen und somit sollten alle Berufsausübenden dem neuen Gesetz unterstellt werden. Besonders unter dem Gesichtspunkt der Patientensicherheit ist eine Beschränkung auf „privatwirtschaftliche Berufsausübung in eigener fachlicher Verantwortung“ nicht nachvollziehbar.

Die Forderung nach einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung (Art. 15 lit. g) wird von der CVP unterstützt. Die Alternative zu dieser, die Erbringung einer vergleichbaren finanziellen Sicherheit, ist in Art. 15 lit. g. jedoch ungenügend präzisiert. Der Bund sollte eine finanzielle Untergrenze setzen. Damit wird die Sicherheit erhöht und der Interpretationsspielraum verkleinert.

Die CVP steht der Ausweitung auf die Masterstufe kritisch gegenüber. Wie auf Bachelorstufe, muss der Patientenschutz auch auf der Masterstufe im Mittelpunkt stehen. Weiter ist zu beachten, dass das Schweizer Bildungssystem auf einem zweistufigen System für die höhere Bildung beruht. Die Masterabschlüsse sollten nur bei erkennbarem Mehrwert, und erhöhtem Kompetenzprofil gegenüber den Bachelorabschlüssen, durchgeführt und akkreditiert werden. Die heutigen Masterstufen haben jedoch kein gemeinsames Kompetenzprofil. Eine verfrühte Regelung der Masterstufe könnte den Eindruck erwecken, dass im Gesundheitsbereich der Masterabschluss zum Regelabschluss wird. Dies gilt es jedoch zu verhindern.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ



Christophe Darbellay, Nationalrat
Präsident CVP Schweiz

Christlichdemokratische Volkspartei
Klaraweg 6, Postfach 5835, 3001 Bern
T 031 357 33 33, F 031 352 24 30,
info@cvp.ch, www.pdc.ch, PC 30-3666-4



Béatrice Wertli
Generalsekretärin CVP Schweiz



Fragen zum 6. Kapitel des erläuternden Berichts " Klärung des Regelungsbedarfs eines aktiven Registers "

Wir danken Ihnen für die Beantwortung nachstehender Fragen zur Klärung des Regelungsbedarfs betreffend ein aktives Register im Gesundheitsberufegesetz.

Organisation: CVP Schweiz

Datum: 26.3.2014

N°	Frage	ja	nein	Bemerkungen
1	Braucht es ein Register für die vom Gesetz geregelten Gesundheitsberufe?	x		Ziel des Berufsregisters ist es, mehr Rechtssicherheit zu schaffen, dank einer Überprüfung und Registrierung aller Diplome. Mehr Rechtssicherheit heisst vor allem mehr Sicherheit für Patienten und Arbeitgeber. Der Patient wird geschützt vor vermeintlichen Fachpersonen bzw. vor Betrügern. Den Arbeitgebern wird die Arbeit bei der Rekrutierung von Personal erleichtert. Den Berufsorganisationen nützt ein vollständiges Register insbesondere zur Validierung der Weiterbildung.
2	Soll der Bund die Schaffung eines Registers an die Kantone delegieren und ihnen einen normativen Rahmen setzen? Soll es also ausschliesslich auf kantonaler Ebene ein Register geben?		x	Nur ein Register auf Bundesebene kann wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein.
3	Soll mit dem Gesundheitsberufegesetz ein schweizweites Register geschaffen werden? Soll es also ausschliesslich ein Register auf Stufe Bund geben?	x		Die CVP unterstützt ein Register analog dem Medizinalberuferegister, also auf nationaler Ebene. Das Register könnte ins MedReg integriert oder teilintegriert werden oder müsste zumindest die selben Strukturen aufweisen.